



Niederschrift

54. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. September 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 11 der Tagesordnung: Erste Fortschreibung Karlsruher Integrationsplan Vorlage: 2018/0535

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Migrationsbeirat und Hauptausschuss die erste Fortschreibung des Karlsruher Integrationsplans.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Entwicklung, Einleitung und Umsetzung von Projekten und Maßnahmen zur Erreichung der in der Fortschreibung des Integrationsplans aufgeführten Ziele und mit dem Aufbau eines kommunalen Integrationsmonitorings zur Überprüfbarkeit der Zielerreichung.

Abstimmungsergebnis:

Bei 43 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Migrationsbeirat und im Hauptausschuss.

Bürgermeister Lenz: Ich glaube sagen zu dürfen, ein weiteres starkes Zeichen für unser weltoffenes, tolerantes und buntes Karlsruhe stellt diese erste Fortschreibung des Integrationsplans dar. Sie sehen es mir nach, wenn mein Vorgänger im Amt, Harald Denecken, heute unter uns ist: Lieber Harald, ich glaube, du bist sehr zufrieden, was wir inzwischen aus den Leitlinien gemacht haben, nämlich einen Plan und jetzt die Fortschreibung. Aber die Zeit, in der wir uns befinden, gibt die Tiefe dieses Werkes natürlich auch wieder bzw. die Kulisse. Ich hatte gestern die Gelegenheit, am Rande der Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten mit unserer Bundesfamilienministerin Frau Franziska Giffey zu sprechen. Sie hat als ehemalige Bezirksbürgermeisterin zu mir gesagt, vor Ort in den Kommunen müssen Fragen beantwortet werden. Sie können nicht weitergereicht werden.

Das passt doch genau auf den Bericht heute, denn Sie finden dort viele Antworten auf unsere integrationspolitischen Fragen. Ich nenne ein Beispiel, die Seite 9 „Sprache und Bildung“; wir alle wissen, Sprache ist die Schlüsselqualifikation für eine gelingende Integration. Schauen Sie einmal, was wir aus den Leitlinien 2008 – lieber Harald Denecken – 2012 formuliert habe. Ich zitiere es nicht, Sie kennen es: Effektive Sprachförderung etc. Aber das Entscheidende an dieser Fortschreibung im Sinne von Evaluation haben Sie immer ganz praktisch formuliert: „Dies wurde erreicht.“ Sie alle wissen, worauf ich jetzt anspiele, nämlich auf 2012, als wir insgesamt 37 Kitas in ein spezielles Sprachförderungsprogramm aufgenommen haben, eben ohne zuerst zu fragen, was gibt uns der Bund, was gibt uns das Land. Sie alle wissen, wir haben inzwischen entsprechende Förderung bekommen.

Dies nur als ein Beispiel, wie wir in Karlsruhe vor Ort Fragen beantworten und mit Sicherheit auch mit dem starken Ehrenamt, sei es aus dem IBZ heraus, sei es aus dem AK Migration, aus dem Migrationsbeirat und natürlich mit Ihnen hier im stadtpolitischen Parlament. Unsere Migrationsbeauftragte Meri Uhlig schreibt im Vorwort, dass Integration ein dynamischer Prozess sei. Sie sehen diesem Bericht diese Dynamik auch an, denn das Handlungsfeld Wohnen hatte bislang gefehlt. Jetzt ist es aufgenommen. Worauf ich hinaus will, ist aber Folgendes: Sie erinnern sich an die Flüchtlingskrise, an die große Anzahl von Flüchtlingen, die wir in unserer Stadt – immerhin 5.000 – innerhalb eines Jahres unterbringen mussten. Jetzt sage ich ganz selbstbewusst, bestimmt auch in Ihrem Namen, wir haben es zum Teil dem Land, aber auch dem Bund einmal so richtig gezeigt, indem wir der Ghettoisierung der Unterbringung mit Hilfe eines unglaublich stark engagierten ehrenamtlichen Netzwerks in Karlsruhe dezentral entgegengewirkt hatten.

Ich komme auch schon fast zum Schluss. Sie haben es auch gelesen, aber ich lese es noch einmal ab, weil ich glaube, es ist ganz wichtig, wenn man weiß und sich vor Augen führt, nicht nur, was in jüngeren Tagen passiert ist, sondern was seit 2015 alles war. Da passt doch ganz gut heute, dass Sie in der überregionalen Presse lesen konnten: Eine gestern in Berlin vorgestellte repräsentative Befragung des Sachverständigenrats Deutscher Stiftungen für Integration und Migration hat ergeben, das Zusammenleben von Deutschen und Einwandern wird von beiden Seiten überwiegend positiv wahrgenommen. Die Skala geht von 64 – 70 Punkten, je nach Altersgruppe von 0 – 100. Dieser Index hat sich minimal lediglich um 1,6 Punkte verschlechtert. Das gibt uns auch wieder Mut und Zuversicht. Denn wir alle wissen, wir leben jetzt gerade in Zeiten, wo Rechtspopulisten, Rechtsradikale sich so stark fühlen wie viele Jahre nicht mehr. Wir wissen alle, was in den letzten Wochen, gerade nach Chemnitz, in unserem Land passiert ist und diskutiert wird. Die Bundestagesdebatte in der letzten Woche sagt an der Stelle auch einiges.

Genau vor dieser Kulisse sage ich vielen herzlichen Dank allen Beteiligten in Karlsruhe. Wir machen auf diesem Weg, lieber Harald, auch so weiter. Vielen Dank dem Büro für Integration, das die Federführung hatte: Meri Uhlig, Frau Schäfer und Frau Sardarabady vom IBZ. In diesem Sinne machen wir so weiter.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Zunächst möchte ich beginnen mit einem Dank an viele Menschen, Verbände, das Büro für Integration, die Verwaltung, die viel Zeit und viel gute Ideen in die Fortschreibung des Karlsruher Integrationsplans eingebracht haben. Der Arbeitskreis war sehr fleißig. Ich habe das mitunter auch einmal bei Schnupperbesuchen mitbekommen. Sie haben es schön in verschiedene Handlungsfelder mit definierten Zielen eingearbeitet.

Dass die Sprachbildung, die Sprachförderung eines der wichtigsten Ziele ist, die priorisieren wollen, begrüßen wir ausdrücklich. Denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Diesem Schlüssel darf und soll sich auch niemand widersetzen. Da haben wir gute Projekte. Die wollen wir auch ausdrücklich unterstützen, dass diese fortgeführt werden.

Gleichwohl muss ich an zwei Punkten jetzt etwas Wasser in den Wein schütten. Der eine Punkt ist keine Kritik im eigentlichen Sinne, sondern eher eine Anregung bei Handlungsfeld 4, wenn es um geflüchtete Minderjährige geht, die in unserer Obhut stehen. Da haben Sie viele tolle Projekte, die die Eingliederung in die Schulausbildung betreffen, die Teilnahme am Erwerbsleben, einen Ausbildungsberuf zu erlernen. Es wird auch ausdrücklich von den Handwerkskammern und anderen Gruppierungen in Karlsruhe begrüßt und unterstützt. Das ist toll ausgeführt. Da würden wir aber auch noch den Punkt gesellschaftlich Integration gerne noch vertieft sehen wollen. Da müssen wir leider auch der Realität ins Auge sehen. Die jugendlichen Geflüchteten, die alleine kommen, sind zum einen – gerade, wenn es Kriegsflüchtlinge sind – traumatisiert durch die Ereignisse in ihrem Heimatland und zum anderen durch die harte Flucht. Da ist es ganz wichtig, dass wir diese Jugendliche früh betreuen, auch psychologisch, nicht nur beschränkt auf Schule und Erwerb, therapeutisch, dass sie Teil unserer Gesellschaft werden, dass sie Traumata aufarbeiten können, damit keine Risikogruppen oder Gefahren entstehen. Da sollten wir uns noch gezielter entsprechenden Maßnahmen widmen und uns entsprechend gemeinsam überlegen.

Nun ein Punkt, den ich gerne auch für unsere Fraktion klarstellen möchte. Das ist dann bei Handlungsfeld 5, wo es um den interreligiösen Dialog geht, den wir natürlich auch führen wollen. Das ist selbstredend für uns. Allerdings beziehen wir das Recht, Gotteshäuser zu bauen, ausdrücklich auf Religionsgemeinschaften im rechtlich anerkannten Sinne. So verstehen wir auch Ihre Ausführungen auf Seite 30. In dem Punkt, wenn es um rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaften geht und nicht Vereine, bei denen das Ganze kritisch und unklar ist, auch rechtlich, gehen wir mit. Ansonsten bleiben wir bei einem bestimmten Punkt kritisch, den ich nicht weiter ausführen will, weil der bekannt ist, auch, wie wir dazu stehen.

Ansonsten noch einmal recht herzlichen Dank für Ihre Arbeit. Ich hoffe, dass Sie die eine oder andere Anregung noch einarbeiten können.

Stadtrat Zeh (SPD): Vielen Dank für die gute Einleitung von Herrn Bürgermeister Lenz in das Thema. Aber bevor ich jetzt meine eigentliche Rede halte, hat mich dieser Äußerung eben von Frau Dogan stark irritiert. Wir haben im Grundgesetz freie Religionsausübung für alle. Es bezieht auch für alle dementsprechend ein, dass sie Religion ausüben können, wie sie wollen. Es bezieht sich wohl auf Moscheebau, was Sie angesprochen haben. Ich halte es für nicht würdig hier im Hause, dass man sich gegen Moscheebau ausspricht.

Aber zunächst muss ich auch den Integrationsplan würdigen. Es ist die Fortschreibung nach sechs Jahren. Nach dem ersten Integrationsplan haben wir nun die Aktualisierung des gleichen. Weiterhin gültig bleiben die Leitlinien der Stadt zur Integration. Es werden die konkreten messbaren Umsetzungsziele fortgeschrieben. Denn erreicht wurde dank den engagierten Mitbürgern im Migrationsbeirat, im Büro für Integration und anderen Akteuren bereits viel. Es wird von der Verwaltung richtigerweise eine Querschnittsaufgabe als IQ-Aufgabe gesehen. Dass sich die Menschen hier einbringen und sich engagieren, sieht man

an den vielen Ideen der Fortschreibung. Das ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ein wichtiges Pfund, auf dem wir aufbauen können. Dieser Integrationsplan ist weiterhin kein Abschlussbericht. Es ist ein Zyklus von Bestandsaufnahmen, Verbesserungen und Überprüfung von diesen Zielen. Besonders viel erreicht – das wurde schon erwähnt – wurde im Bereich Sprache und Bildung, egal, ob bei den Kindern, bei Schülern oder auch bei Erwachsenen.

Aber es ist weiterhin eine permanente Aufgabe auch für unsere Zukunft. Denn es kommt nicht nur Zugewanderten zugute, sondern auch den hier lebenden Bürgern. So kommt beispielsweise die positive Wirkung der Sprachförderung in den Kitas nicht allein Migrantenkindern zugute, sondern allen, die dort Defizite haben. Somit wird klar, es sind keine Sondermaßnahmen, sondern wichtige gesellschaftliche Impulse für alle, für die Chancengleichheit in unserer Gesellschaft. Gerade im Bildungsbereich gibt es aber noch viel zu tun.

Besonders erfolgreich ist die neue Struktur bei der Einbürgerung. Hier wurde der Antragsstau abgebaut, der Prozess neu aufgesetzt. Man sieht es an den Einbürgerungsfeiern, dies wird auch gerne angenommen. Bei den Haushalten stellen wir seit mehreren Jahren Mittel für die Umsetzung des Integrationsplans ein. Gerade die Beschränkung des Integrationsplans auf Maßnahmen, die wir hier in der Kommune angehen können, ist die Stärke dieses Planes. Wir als SPD haben auch Forderungen auf Landes- und Bundesebene, wie beispielsweise Änderung des Wahlrechts, die aber dort eingebracht und umgesetzt werden müssen. Die SPD ist bereit, diesen Prozess weiterhin aktiv zu unterstützen und ebenso die vielen Bürgerinnen und Bürger und Vereine, die sich gerne engagieren.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Auch ich werde jetzt ein paar Worte sagen, die ich so eigentlich nicht geplant hatte, will aber erst einmal ganz generell damit beginnen. Seit 2008 beschäftigen wir uns mit diesem Thema, als wir die Karlsruher Leitlinien für Integration für Zuwanderinnen und Zuwanderer verabschiedet haben, und dann 2012 den Karlsruher Integrationsplan, der heute fortgeschrieben wird. In diesem Zeitraum und vor allem in den letzten Jahren hat sich das politische Klima in Deutschland doch sehr deutlich verändert. Ressentiments gegen Menschen aus dem Ausland, gegen Menschen, die hier zugezogen sind oder zumindest von ihrem äußeren Erscheinungsbild den Eindruck geben, haben deutlich zugenommen. Im Osten jüngst massiv spürbar, aber auch hier geschieht es, dass Fremdenhass, dass Rassismus heute vielerorts offen geäußert und von manchen regelrecht zur Schau gestellt wird.

Richtlinie für uns ist unser Grundgesetz und die darin festgelegten Werte. Dazu gehört auch die Religionsfreiheit. Das sollten auch die verstehen, die eine Religion in ihrem Parteititel haben, dass die Freiheit dafür etwas sehr wichtiges ist, und dass wir uns mit Toleranz gegenüber den Andersgläubigen verhalten sollten. Ansonsten werden wir irgendwann den Spruch „Wir sind mehr!“ vielleicht nicht mehr sagen können. Ich möchte den sagen. Ich möchte, dass wir noch viel mehr von dem „Wir sind mehr“ werden.

Aber zurück zum Integrationsplan. Er ist sehr wichtig, denn Integration selbst ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, nicht nur der Zukunft sondern auch heute. So, wie es von Ihnen im Vorwort geschrieben wird, was mir sehr gut gefallen hat, Frau Uhlig, ist einfach im Sinne einer gleichberechtigten Teilnahme Integration wichtig. Integration als Fundament eines sozialen Friedens in Karlsruhe. Es ist eine existenzielle Notwendigkeit, auch gerade für eine moderne Gesellschaft, für eine moderne Stadt wie Karlsruhe, Integra-

tion gut und zukunftsorientiert zu gestalten. Diese Fortschreibung ist eine wirklich gute Grundlage dafür. Die Handlungsfelder sind sehr gut beschrieben. Sie werden strukturiert und übersichtlich aufbereitet. Es wird ersichtlich, was bereits erreicht wurde. Es werden viele genannt, konkrete Maßnahmen aufgezeigt und dass sich die Auswahl der Kriterien sowohl an der Umsetzbarkeit, der Wirksamkeit und der Nachhaltigkeit orientieren, das begrüßen wir sehr. Denn es geht jetzt gerade auch darum, konkret und langwirkend etwas zu tun.

Viel von dem, was in den Leitlinien steht, haben auch wir eingebracht über die letzten Jahre, beispielsweise die interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung, Sprachförderung, Bildungsgerechtigkeit. Letzteres ist leider immer noch ein wunder Punkt. Nach wie vor sind Jugendliche mit Migrationshintergrund bei den höheren Schulabschlüssen eklatant unterrepräsentiert. Von der geforderten Bildungsgerechtigkeit sind wir daher noch weit entfernt. Die Sprachförderung in den Kitas, das haben Sie erwähnt, Herr Bürgermeister Lenz, hat sich sehr gut entwickelt. Aber wir dürfen in diesen Anstrengungen nicht nachlassen, denn Sprache ist der Schlüsselfaktor schlechthin für Integration.

Ihren Wunsch, ein Monitoring einzuführen, verstärkt zu evaluieren, Kennzahlen zu verwenden, werden wir gerne unterstützen, ebenso auch den Wunsch, die Netzwerktätigkeiten zu intensivieren. Unterstützung bedeutet aber auch vor allen Dingen ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Denn ohne Mittel können sie nicht agieren. Wir werden uns den Haushaltsentwurf noch einmal ganz genau daraufhin anschauen, ob ausreichend Mittel da sind und ansonsten bei Bedarf mit entsprechenden Anträgen nachsteuern.

Auch die GRÜNE-Fraktion dankt allen Akteuren, die sich engagiert beteiligt haben, allen voran dem Büro für Integration, dem Arbeitskreis Migrationsausschuss mit seinen sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern, aber auch den vielen Menschen aus Verbänden, Vereinen, Initiativen, die sich eingebracht haben. Jetzt müssen wir an die Umsetzung gehen, gemeinsam und hoffentlich auch geschlossen. Wir sind mehr! Die Fortschreibung des Integrationsplans kann uns dabei unterstützen, noch mehr zu werden.

Stadtrat Jooß (FDP): Integration kann nur gelingen, wenn alle im gleichen Boot im gleichen Maße beteiligt werden und sich auch wiederfinden. Wir begrüßen deswegen insbesondere den Beteiligungsprozess, der uns alle in eine gute Zukunft führen kann, ja, führen muss. Die letzten Wochen haben gezeigt, wie wichtig die Fortschreibung ist. Wir stehen deswegen voll hinter der Vorlage mit ihrer Lokomotive, Frau Meri Uhlig.

Der Vorsitzende: Damit kommen wir zur Abstimmung. – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: